

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Ersteinst
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal Mt. 1,55
durch die Post Mt. 1,82 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserate
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Ritzberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruhlschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Amtsblatt

für den Verwaltungsbezirk des Stadtrathes zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 274.

Dienstag, den 27. November 1900.

50. Jahrgang.

Musverkauf der Kreisel'schen Concurssmasse.

Es sind noch vorhanden:

Sporthemden, Turnerhemden, Waschköpfe f. Blumen, Kleiderstoffe,
Sammet, Ballshawls, Schürzen, Kopftücher, Sandalschuhe, Strümpfe,
Corsets, Säckelgarn, Stüßgarn, seidene Bänder, Nähseide, Kleiderbese,
Sommer- und Winter-Hauben, Kinder-Mützen, Kinderwäsche, Hosenträger, Füllspitzen, Spachtelspitzen 2c. 2c.

Die Preise sind weiter herabgesetzt worden.

Verkaufszeit Werktags von 2-6 Uhr Nachmittag.

Johannes Koch,

als Concurssverwalter.

Ortskrankenkasse der Strumpfwirker zu Gersdorf.

Sonntag, den 2. December, Nachmittags 3 Uhr

General-Versammlung

im Gasthaus zum grünen Thal.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder.
2. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
3. Etwaige Anträge.

Zahlreicher Beteiligter der hierzu Berechtigten sieht entgegen

Gersdorf, den 21. November 1900.

Der Kassenvorstand.

Otto Hoppe, Vors.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. November.

Zunächst beschließt das Haus einstweilige Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Hübner (Soz.) für die Dauer der Session. Auf der Tagesordnung steht sodann die sozialdemokratische Interpellation wegen der 12000 Mark-Affaire. Abg. Auer (Soz.) begründet die Interpellation. Der Thatsachbestand stehe fest, daß der Großindustrielle oder vielmehr dem Scharfmachertum seitens eines Reichsamts Handlangerdienste geleistet würden. Man habe, um die Entrüstung hierüber abzulenken, auf einen Vorwurf zu Bismarck's Zeiten hingewiesen: aber damals habe es sich für Bismarck nur um Schaffung eines außerparlamentarischen Beiraths gehandelt, dagegen heute um Erzwingung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter. Ferner wurde damals ein Betrag dem Fürsten Bismarck angeboten, heute dagegen liege ein Wittgeschick aus dem Reichsamte des Innern vor. Während man oben das praktische Christenthum als Patrimonium der Enterbten u. s. w. verkünde, wolle man hier mit Hülfenahme der Mittel der Großindustrie die Armen und Enterbten noch in verstärktem Maße durch Förderung des Zuchtanstalts der Lohnsklaverei überlisten. Selbstverständlich handle es sich hier nicht um persönliche Befriedigungen, aber wenn in der halbamtlichen Publikaution ausdrücklich betont worden sei, Belege für die Verwendung der 12000 Mark lägen vor (Heiterkeit), so scheint man eben für die moralische Bedeutung des ganzen Vorganges gar kein Verständnis gehabt zu haben. Dieser ganze Vorgang ist ja viel schlimmer als ein einzelnes Straußchen im Alter. (Rufe links: Sehr wahr!) Aus solchen Vorfällen ersehe man direkt die Bedeutung des Wortes, das der Amtsvorgänger des Grafen Posadowsky ein Mal an eine Unternehmervereinigung gerichtet hat: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ Zur Vertretung der Regierung auf Arbeiterkongressen hätten die Herren keine Zeit, aber auf den parlamentarischen Festen des Herrn v. Stumm im Kaiserhof sollten sie nicht, dafür hätten sie Zeit. (Beifall links.) Der ganze Vorgang sei um so drastischer, als im Frühjahr 1899 Herr Bued schwerste Angriffe gegen einen Mann im Reichsamte des Innern gerichtet hatte, der gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik mit Eifer und auch mit Erfolg tätig gewesen war, und wenige Monate später wird von Herrn v. Wodtke derselbe Herr Bued, der seinen Amtscollegen und Vorgesetzten Herrn v. Rottenburg so schwer angegriffen, mit Bettelbriefen angegangen. (Beifall links.) — Reichsanwalt Graf Bülow: So etwas von Uebertreibungen, wie in diesem Falle seitens der sozialdemokratischen Presse, ist mir bisher noch nicht vorgekommen. Hat man doch sogar von Notha und Panama gesprochen, man hat den Anschein erwecken wollen, als sei die Regierung abhängig von gewissen Gruppen, als lebten wir in einem Klassenstaat. (Sehr richtig! links.) Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte, daß der Staat die Interessen der Allgemeinheit wahren muß. (Unruhe links.) Ja, meine Herren, mich kennen Sie doch noch nicht, ich bin dazu doch noch nicht lange genug am Werke, als daß Sie ein abschließendes Urtheil über mich haben könnten. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß auch nicht einmal der Schein erweckt werden darf, als sei die Regierung von bestimmten Gruppen und

Klassen abhängig. Ich stehe deshalb auch nicht an, zu erklären, daß ich in dem Vorkommnisse einen entschiedenen Mißgriff erblicke. Wenn ich vorher gefragt worden wäre, würde ich entschieden abgerathen haben. Ich bin völlig einverstanden mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern, dessen eminente Arbeitskraft und auch dessen Charakter ich schätze, daß in Zukunft solche Wege nicht wieder beschritten werden dürfen. Das betheiligte Ressort ist auch davon verständigt worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt, ich will auch sagen weshalb: die Art, wie der Vorfall an die Öffentlichkeit gelangt ist, war offenbar weniger inspirirt von einem löblichen Eifer für das öffentliche Wohl, als vielmehr von einer Tendenz gegen bestimmte Persönlichkeiten. Vor Intriguen beuge ich mich nicht, vor unlauteren Menschen weiche ich nicht zurück. Ich hoffe, die Mehrheit des Hauses wird auf meiner Seite sein, daß keine Machenschaft Einfluß haben wird auf mein ähnliches Verhalten und auf meine amtlichen Entschliessungen; jedenfalls aber werde ich bemüht sein, dafür zu sorgen, daß jener Seite nicht wieder ähnlicher Agitationsstoff zugeführt wird. — Abg. Büsing (nat.-lib.): Die Erklärung des Reichsanwaltes deckt sich mit den Anschauungen meiner Freunde. Wir haben vollstes Vertrauen zur Integrität unserer Reichsbeamten, doch muß auch nur der leiseste Schein einer Parteinahme seitens derselben vermieden werden. Wir befreiten aber, daß das sogenannte Zuchtanstaltsgesetz die einseitige Tendenz hatte, den Armen und Enterbten ihr einziges Recht zu nehmen. Ein Theil meiner Freunde hat damals aus der Vorlage den berechtigten Kern herauszuschälen versucht, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn wir darin ein Parteigesetz gesehen hätten. Allein das Verhalten des Reichsamts war absolut unzulässig aus constitutionellen Gründen sowohl, wie im Interesse der Beamten. — Abg. Wundel (freil. Volksp.) fragt, was denn nun mit den 12000 Mark geschehen sollte; sie müßten doch eigentlich mit bestem Dank zurückgegeben werden (Heiterkeit), wofür nicht etwa dem preussischen Landrecht gemäß der Fiscus das zu unerlaubten Zwecken gegebene Geschenk confisciren müßte. (Erneute Heiterkeit.) Sie sagen, der Schuldige im Reichsamte des Innern habe nicht mala fide gehandelt. Das ist aber gerade das Schlimmste an der Sache, daß so etwas bona fide geschehen konnte. Wenn man Geld von einer Partei nehme, stelle man sich in den Dienst der Partei. Wenn die Herren von Centralverband nicht ein Geschäft zu machen glaubten, hätten sie sicher nicht gezahlt. Redner fragt schließlich noch einmal, was mit der Summe geschehen solle, welche die Finger der Regierung beschmutzt habe. (Beifall.) — Abg. v. Levechow erklärt namens der Conservativen sich durch die Antwort des Reichsanwaltes befriedigt und legt dar, daß etwas Verwerfliches und Gemeinlichliches überhaupt nicht geschehen sei. — Abg. Dr. Lieber (Centr.) erklärt, nach der bündigen Erklärung des Reichsanwaltes halte das Centrum das Wesentlichste seiner Beschwerden über den Vorfall für erledigt. Das Centrum halte den Grafen Posadowsky für durchaus arbeiterfreundlich und für vollkommen unabhängig von denjenigen Kreisen, an welche sich sein Untergebener mit der Bitte um Geld gewendet habe. Redner fügt hinzu: Ich hoffe, der Reichsanwalt wird noch recht lange im Amte bleiben und hoffentlich auch nicht nachträglich Sühne und Rache an Personen

nehmen, wie sie nun einmal ausnahmsweise von der linken Seite des Hauses aus verlangt wird. Wir meinen, es würde sich für den Reichsanwalt schlecht schicken, sich zum Geschäftsträger von Machenschaften und zum Heftenknecht von Intriganten zu machen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) schließt sich in der Hauptsache den Darlegungen des Abg. von Levechow an, weist die Auer'schen Angriffe auf v. Stumm zurück und weist hin auf die Verdienste des Bauverbandes deutscher Industrieller um die Durchführung der Bismarck'schen Politik des Schutzes der nationalen Arbeit. — Abg. Bachnile (freil. Berg.) erwartet, daß der Beamte, der hier vor verammeltem Reichstag zwar in der Form so milde, aber in der Sache so entschieden geabelt worden sei, selber die Konsequenzen daraus ziehen werde, und bestreitet, daß bei der Veröffentlichung des Briefes liberale Intriguen mitgespielt hätten. Das Schicksal der Handelsverträge hänge doch nicht ab von dem Schicksal eines Staatssekretärs, denn nicht dieser, sondern der Reichsanwalt trage die Verantwortung. — Abg. Dr. Schönlanke (Soz.) erblickt in der ganzen Angelegenheit eine außerordentliche Blamage für das Ansehen und die Autorität der Regierung. Graf Bülow habe auf die Art und die tendenziösen Zwecke der Veröffentlichung des Briefes hingewiesen, um damit zu begründen, daß er weitere Maßnahmen unterlasse. Sei das diplomatisch, frage ein Diplomat sonst nach den Canälen? — Präsid. Graf Ballestrem: Die Besprechung ist damit beendet. Abg. Singer ruft laut: Das Wort hat Graf Posadowsky! Präsid. Graf Ballestrem: Ich bitte um Ruhe! — Nächste Sitzung Montag.

Präsident Krüger in Paris.

Den Triumphzug des Besiegten hat Präsident Krüger angetreten, ganz Frankreich jubelt ihm zu. Noch herzlicher wird sein Empfang in Holland sein. Kleine Zufälle, wie der Tod des leidenden Emirs von Afghanistan, können das Fünftage der Burenhoffnung zur Flamme ansachen und die mit Todesstille bedeckten Felder der holländischen Republik in Au wieder in ein Kriegslager verwandeln. Lord Kitchener will nach der bevorstehenden Heimkehr von Roberts mit den Begnern gänzlich aufräumen, mit ein paar großen Schlägen, für die er Cavalleriemassen sammelt, den Kleinkrieg beenden. Aber de Wet und Botha nebst anderen Kapteuren werden kaum auf den Plan eingehen, vielmehr dürfte sich wiederholen, was vor einem Jahre geschehen. Die großen Geschwader finden vor sich keinen Feind, aber hinter sich und auf den Flanken in jedem Busch, Männer und Pferde der Engländer werden wieder Fiebern und Suchen erliegen, umso mehr, je größer ihre Haufen sind. Die Fahrt des Präsidenten Krüger von Marjelle nach Paris war ein einziger unerhörter Triumphzug. In Tarascon stürmte man beinahe den Waggon des Präsidenten. Offiziere der Garnison stiegen zu ihm ein, um ihm die Hand zu drücken; in Avignon wartete eine colossale Menschenmenge mit Musik und Fahnen auf ihn. Die Menge, welche draußen vom Bahnhofe ferngehalten wurde, durchbrach die Polizeikette, und jubelnde Hochrufe hallten auf dem Bahnhofssteig. Ueberall waren die Dächer von Damen besetzt, die ihre Tücher schwenkten und „Krüger hoch, Buren hoch!“ auch „Nieder mit den Engländern!“ riefen.

Ganz ähnliche Scenen gab es in Valencia, hier erlösten die Rufe „Nieder mit den Engländern!“ sehr zahlreich. Allgemein wird die selbstbewusste, stolze und autoritäre Haltung Krügers bemerkt; er macht keineswegs den Eindruck eines Flüchtlings.

Paris, 24. Nov. Dem Präsidenten Krüger wurden auf der Fahrt nach dem Hotel von der dicht gedrängten Menschenmenge lebhafteste Ovationen dargebracht. Auch die Fenster der Häuser waren dicht besetzt. Es ereignete sich keinerlei Zwischenfall. Unter den begeisterten Zurufen der Menge erschien Krüger auf dem Balkon mit seinem Enkel, welcher eine Fahne in den Farben Transvaals schwenkte. Unter Hochrufen auf den Präsidenten Krüger zogen gegen Mittag etwa 400 junge Leute mit einer Fahne in den Farben des Transvaalstaates durch die Rue du quatre Septembre auf den Diermoy. In diese Rufe mischten sich verschiedene andere Rufe. Die Teilnehmer an der Kundgebung wurden von der Polizei zurückgedrängt und zogen sich singend durch die Rue du quatre Septembre auf den Diermoy. In diese Rufe mischten sich verschiedene andere Rufe. Die Teilnehmer an der Kundgebung wurden von der Polizei zurückgedrängt und zogen sich singend durch die Rue du quatre Septembre auf den Diermoy. In diese Rufe mischten sich verschiedene andere Rufe. Die Teilnehmer an der Kundgebung wurden von der Polizei zurückgedrängt und zogen sich singend durch die Rue du quatre Septembre auf den Diermoy.

Paris, 24. Nov. Krüger empfing, nachdem ihm Präsident Loubet seinen Besuch abgestattet hatte, Niemand mehr. Das Bureau des Pariser Gemeinderaths, das sich später im Hotel Scribe einfand, wurde von Loubet empfangen, der ihm die Mitteilung machte, daß der Gemeinderath spätestens am Montag die Entschliessung Krügers bezüglich seines Besuchs im Stadthause erfahren würde. Abends durchziehen Gruppen von Manifestanten unter Hochrufen auf Krüger die Straßen. Auch vor dem Hause der „Libre Parole“ fanden burenfreundliche Kundgebungen statt. In das im Hotel Scribe aufsteigende Register trugen sich Prinz Heinrich von Orleans, General Mercier und viele nationalitistische Deputirte ein.